

Karl Georg Zinn

Zwanzig Jahre Wirtschaftskrise - Signal eines Epochenwandels?

Über Arbeitslosigkeit, Bewältigungsrhetorik und den Glauben an einfache Rezepte

Abstract

Die seit etwa 20 Jahren durch dauerhafte Wachstumsreduktion und steigende Massenarbeitslosigkeit charakterisierte Krise hat alle entwickelten Industrieländer (OECD) erfaßt. Überall treten grundsätzlich gleiche sozialökonomische Probleme auf, und es dürften trotz länderspezifischer Unterschiede letztlich gleiche Krisenursachen zugrundeliegen. Wirksame Beschäftigungspolitik müßte daher länderübergreifend von der gesamten OECD, zumindest der EU in Angriff genommen werden. Die bisherigen angebotsorientierten Versuche der Krisenbekämpfung blieben wirkungslos oder verstärkten gar die Fehlentwicklungen. Diese Konstellation wird mit Rückgriff auf empirische Befunde und theoretische Überlegungen erörtert, wobei abschließend auch kurz auf die anthropologisch erklärbare Ideologiebildung im Kontext der Wirtschaftskrise eingegangen wird.

1 Überblick: Zum Charakter der Krise

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise begann Mitte der siebziger Jahre und hat inzwischen alle entwickelten Industrieländer erfaßt. In diesen entwickelten Volkswirtschaften verläuft seit drei bis vier Jahrzehnten ein tiefgreifender Strukturwandel. Seine wesentlichen Charakteristika sind überall gleich: Der *Anteil* der industriellen Wertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt sinkt (Tabelle 1); die industrielle Beschäftigung geht absolut zurück; tendenziell verlagert sich der Schwerpunkt der Investitionen von den arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen zu den arbeitsparenden Rationalisierungsinvestitionen; das Wachstum des Dienstleistungssektors kompensiert weder quantitativ noch gar qualitativ die Arbeitsplatzvernichtung im industriellen Sektor (Reichwald/Möslein 1995, 328 ff.; Zinn 1995a, 1994, 86 ff.).

Tab. 1: Veränderung der sektoralen Beschäftigungsanteile an der zivilen Gesamtbeschäftigung in der OECD (%)

Sektor	1960/67	1968/73	1974/79	1980/87
Landwirtschaft	18.6	13.6	11.0	9.2
Produzierendes Gewerbe	36,2	36,6	37,7	31,6
davon:				
Industrie	26,9	27,2	25,3	22,6
Dienstleistungen	45.1	49.8	54.3	59.1
Staatssektor	12.3	14.0	15.1	15.6

Quelle: OECD 1989, 36 ff.

Es handelt sich also bei der Wirtschaftskrise weder um eine kurzfristige noch um eine auf einzelne oder gar eine einzige Volkswirtschaft beschränkte Konstellation. Gleiche Entwicklungen in verschiedenen Volkswirtschaften lassen vermuten, daß gleiche Ursachen zugrundeliegen. Daher greifen alle Ursachenanalysen zu kurz, die verkennen oder gar bewußt verschleiern, daß die Krise im Kern keine länderspezifische Problemkonstellation darstellt, sondern sich die gesamte Gruppe der entwickelten Industrieländer (= OECD) in einer Dauerkrise befindet. Wegen der engen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit der industrialisierten Volkswirtschaften voneinander sind *nationalwirtschaftlich* beschränkte, wachstums- und beschäftigungspolitische Maßnahmen nur noch in begrenztem Umfang möglich. Gerade deshalb stehen aber die relativ stabileren Ökonomien - insbesondere die exportstärkeren Nationen - in besonderer Verantwortung für die Weltwirtschaft. Sie müßten darauf hinwirken, eine international abgestimmte Beschäftigungspolitik in Gang zu setzen. Es ginge also darum, möglichst die gesamte OECD, zumindest aber eine Wirtschaftsgemeinschaft wie die Europäische Union zu koordinierten Maßnahmen zu bewegen. Ein solcher Ansatz verböte alle Versuche, die eigenen, nationalen Schwierigkeiten auf dem Weg einer *beggar-my-neighbour*-Politik anderen aufzuladen. Konkret: Die *einseitige* Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit verschärft letztlich die Krise. Denn eine bessere Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt bringt nur in dem Maße binnenwirtschaftliche Wachstums- und Beschäftigungsgewinne, als sich der (positive) Außenbeitrag erhöht. Export- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse der einen sind jedoch notwendig mit Defiziten der anderen Länder verbunden. Soweit die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit vornehmlich durch

Kostensenkungen, insbesondere Rationalisierungsanstrengungen erreicht wird, ergeben sich rationalisierungsbedingte Arbeitsplatzverluste, sinkende Masseneinkommen mit entsprechend negativen Nachfragewirkungen im Inland, die die (Marktanteils)Konkurrenz weiter verschärfen und arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen noch größeren Risiken aussetzen. Es liegt auf der Hand, daß eine internationale Kostensenkungskonkurrenz - analog zur Abwertungskonkurrenz während der Großen Depression der 1930er Jahre - die Weltmarktnachfrage in dem Maße deprimiert, in dem die Kostensenkungen per Saldo nicht zu Beschäftigungszunahmen und Wachstum der Masseneinkommen führen. Es würde hier zu weit führen, auf die realistischen Szenarien einer durch Rationalisierungstechnik praktisch arbeitsfreien Produktion einzugehen und die dann unabwendbare Verteilungsrevolution in Einzelheiten durchzuspielen (Fischer 1996). Doch ein simpler und dennoch äußerst konsequenzenreicher Sachverhalt muß ständig im Bewußtsein bleiben: Roboter produzieren viele vorzügliche Autos, Waschmaschinen, Tennisschuhe, Cornflakes, oder wozu immer sie konstruiert sind, aber die Roboter kaufen solche Produkte nicht. Dieses Grundproblem der sogenannten Moderne betrifft alle Industrieländer.

Selbst wenn es gelänge, die zwischenstaatlichen Differenzen über den richtigen Wachstumskurs zu beseitigen, bliebe ein weiteres Problem ungelöst: Wirtschaftswachstum *darf* angesichts der fortschreitenden Umweltzerstörung und der begrenzten Naturressourcen nicht mehr als *der* Problemlöser schlechthin fungieren, wie dies in der weiter zurückliegenden Vergangenheit der Fall war. Das Beschäftigungsproblem wird sich daher mittelfristig nur auf dem Weg der Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und damit verbunden einer Umverteilung der Einkommen lösen lassen, d.h. Arbeitszeitverkürzung und Einkommensnivellierungen. Es bleibe nicht unerwähnt, daß auch die ärmeren Länder auf Dauer nicht an Arbeitszeitverkürzungen vorbeikommen werden. Denn die Arbeitsproduktivität wird auch dort steigen, aber es ist völlig ausgeschlossen, daß etwa einige Milliarden Menschen auf hohem Produktivitätsniveau bei einer 40-Stundenwoche voll beschäftigt werden könnten. Woher sollten die dafür benötigten Naturressourcen kommen, und welche Umweltbelastung würde das hervorrufen? Der an sich simple Sachverhalt, daß auf einem endlichen Planeten kein grenzenloses Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung möglich ist, stellt mehr als nur das ökonomische Modell in Frage, das zwischen Industrieller Revolution und Gegenwart dem Modernisierungsprozeß als Kompaß diene.

In jedem Fall würde ein kontinuierliches, krisenfreies Wachstum den Gleichschritt von Angebots- und Nachfragewachstum erfordern. Seit etwa zwei Jahrzehnten bleibt die Nachfrage in den entwickelten Volkswirtschaften jedoch hinter ihrem Produktionspotential zurück. Das Nachfragedefizit ist die zentrale Ursache der Beschäftigungskrise, was immer sonst noch hinzukommen mag. Doch gerade das Nachfrageproblem spielt in der Krisenwahrnehmung der Machteliten und in den

meinungsbildenden Medien kaum noch eine Rolle. Ausnahmen kommt vielleicht ein gewisser Aufmerksamkeitswert zu, aber es ergeht ihnen wie dem berühmten Rufer in der Wüste (Piper 1996; Reuter 1996).

2 Pakete, Bündnisse und andere Placebos gegen Massenarbeitslosigkeit

Die Maximen konservativer „Beschäftigungspolitik“ laufen darauf hinaus, Arbeitslose zu zwingen, gering bezahlte, sozial ungesicherte Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren, also statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit in prekäre Beschäftigung zu verwandeln. Die Implementation dieses Konzepts kommt am Sozialabbau und der sogenannten Flexibilisierung nicht vorbei, und die wirtschaftspolitische Meinungsbildung wird systematisch in jene Richtung kanalisiert. Dem kommt die mentale Anpassung der Öffentlichkeit an den nunmehr über zwei Jahrzehnte anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegen. Populistische Parolen vom Kaliber, ein Niedriglohnjob sei besser als Arbeitslosigkeit oder ein erheblicher Teil der Arbeitslosen wolle gar nicht arbeiten, weil sie ohne Arbeit viel angenehmer lebten, hätten in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende noch eine Welle der Empörung ausgelöst. Nachdem ein weites Stück auf dem Weg in die Zwei-Drittel-Gesellschaft zurückgelegt worden ist, wuchs der ordinärökonomischen Rhetorik ein beachtlicher Plausibilitätsnimbus zu.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Gesamtlage nehmen sich die jüngsten Bemühungen um einen Beschäftigungspakt, ein Bündnis für Arbeit etc., recht hilflos aus. Wieso sollte denn auch nach einer mehr als zwei Jahrzehnte währenden Zunahme der Massenarbeitslosigkeit plötzlich die geniale Lösung auftauchen, die den Trend umzukehren vermag. Die Initiativen, das Beschäftigungsproblem durch irgendwelche „gemeinsamen Anstrengungen“ zu entschärfen, haben dennoch eine latente politische Funktion: Die Diskussion erneut in Gang zu bringen und das Fünkchen Hoffnung bei Glut zu halten, daß Ursachen und historische Dimension der Krise doch irgendwann verstanden und die sachgerechten Strategien vereinbart werden. Um es zu wiederholen: Die einzige auf Dauer sachgerechte Lösung muß bei der Umverteilung der Arbeit ansetzen. Auch hierbei ist das international koordinierte Vorgehen unverzichtbar. Die Leistungsstärkeren müßten die Schrittmacherrolle übernehmen und ihre Handelspartner von der Notwendigkeit und Machbarkeit einer arbeitszeitzentrierten Beschäftigungspolitik überzeugen. Wir wissen, daß die von unserer Regierung und der Oppositionsmehrheit vertretene wirtschaftspolitische Linie ganz anders verläuft, nämlich in den alten Bahnen der *beggar-my-neighbour*-Taktik: Die bundesdeutsche Standortdiskussion und die in ihrem Schlepptau beweg-

te Kostensenkungs- und Sozialabbau-Kampagne machen nämlich nur beschäftigungspolitischen Sinn, wenn sie - was ohnehin nicht sehr wahrscheinlich ist - (steigende) Exportüberschüsse eintragen. Dazu im folgenden mehr.

Politik ist eine Machtfrage, und Machtausübung kommt nie ohne ideologische Absicherung aus. Deshalb gehört es auch zu unserem Thema, auf die Problematik des „falschen Bewußtseins“ einzugehen. Es geht allerdings nicht um einen weiteren Beitrag zum Thema „Charaktermaske des Kapitals“, sondern um die anthropologische Disposition des Menschen, ohne den „Glauben an etwas“ nicht existieren zu können. Im letzten Abschnitt, der jener Frage gilt, wird also nicht inhaltlich auf Ideologie und Ideologiekritik eingegangen, sondern auf den erkenntnispsychologischen Mechanismus, dem Ideologien ihre Wirksamkeit verdanken. Wenn wir uns nicht täuschen, wurde dieser Aspekt im Rahmen der Politischen Ökonomie bisher vernachlässigt.

3 Der falsche Ansatz der meinungsbestimmenden Krisendeutung

Die offiziellen und für die öffentliche Meinungsbildung bestimmenden Krisendiagnosen sind Fehldiagnosen, und folglich werden auch unwirksame oder gar schädliche Therapien indiziert. In der gesamten Krisendebatte spielt der erwähnte Sachverhalt, daß fast *alle* entwickelten Industrieländer seit etwa zwei Jahrzehnten unter ähnlichen Schwierigkeiten leiden (steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Verteilungsungleichheit, Anstieg der sozialen Armut, Zunahme der Staatsverschuldung, zerbröckelnde Sozialmoral, Vernachlässigung ökologischer Erfordernisse) kaum eine Rolle, sondern die Probleme werden auf vermeintliche Wettbewerbsschwächen der nationalen Volkswirtschaften zurückgeführt. Es fehlt weitgehend am Blick für die historische Dimension der Entwicklung. Selbst die zutreffende Feststellung der meinungsbildenden Führungsfiguren, daß durch die forcierte Liberalisierungspolitik und die Entstehung globaler Kommunikationsnetze der nationalwirtschaftlichen Krisenbekämpfung enge Grenzen gezogen sind, mündet dann doch wieder in einer (falschen) auf die nationale Volkswirtschaft bezogenen Schlußfolgerung, es gälte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie zu steigern, was impliziert, daß die Exporte stärker als die Importe steigen sollen. Denn nur dann sind vom Außenhandel wesentliche Wachstums- und Beschäftigungsvorteile zu erwarten. Da alle Länder ihre Wettbewerbsposition zu verbessern suchen, kann zwar keiner ausscheren, ohne zurückzufallen, aber damit werden die allen Ländern gemeinsamen Probleme nicht beseitigt. Der Öffentlichkeit ist kaum bewußt, daß in allen Ländern analoge Fehldeutungen der Lage propagiert werden, so daß die überall mit ähnlichen Argumenten geführten Standortdebatten Widerhall finden. Überall peitschen Unter-

nehmerverbände und Politiker dem Wahlvolk ein, daß die Kosten zu hoch, die sozialen Leistungen unbezahlbar, die Staatsverschuldung ein Hauptübel der Gegenwart und überhaupt die Ansprüche (der kleinen Leute) unverschämt seien. Wir erleben seit Jahren eine erfolgreiche Offensive frühkapitalistischer Praktiken und Lehrmeinungen.

Die Geschichte wiederholt zwar nicht ihre Geschichten, aber ihre Katastrophen; war doch auch der Erste Weltkrieg nicht der letzte. Ein kurzes Zitat aus der Stellungnahme des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ vom 4. Mai 1931 an Reichkanzler Brüning mag belegen, wie ideologisch verspernte Realitätswahrnehmung immer wiederkehrt:

„Der Wirtschafts- und Finanzplan ... der Regierung ... ging von der Feststellung aus, daß die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gesteuerungskosten einer Anpassung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die Umwälzungen auf dem Weltmarkt und damit auch einer Gesundung der deutschen Wirtschaft hemmend im Wege steht... Die deutsche Industrie hat sich dieser Auffassung ... in vollem Umfang angeschlossen...

Die deutsche Sozialpolitik muß endlich den seit Jahren von ihr eingehaltenen verhängnisvollen Weg der fortgesetzten Erhöhung der Einnahmen und der Leistungen der Sozialversicherungsträger aufgeben und das Ziel verfolgen, die Ausgaben ohne Zuschüsse aus dem Reichsetat zu decken. Das kann aber nur durch eine Senkung der jetzt weit überhöhten Leistungen geschehen ...

Die gegenwärtige Wirtschaftslage verlangt mehr als je eine Auflockerung der bestehenden Erstarrung auf dem Gebiete von Lohn und Arbeitszeit, wenn es gelingen soll, in unserer Selbstkostengestaltung das Ziel zu erreichen, das ... der Regierung ... vorgeschwebt hat. Wir halten ... die bisher durchgeführten Lohnsenkungen in ihren Auswirkungen noch nicht für zureichend. Die Selbstkosten müssen von der Lohnseite eine weitere Entlastung erfahren. Nur auf diesem Wege kann auf die Dauer eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine Vermehrung der Arbeitsplätze erzielt werden.“ (Flemming u.a. 1979, 325 ff.)

Wir wissen, welcher politischen Strömung die deutsche Industrie am Ende der Weimarer Politik die Hand gereicht hat und wie die „Auflockerung der bestehenden Erstarrung“ aussah, von der der Reichsverband damals schwadronierte.

4 Sind Exportweltmeister Wettbewerbsschwächlinge?

Am 18. März 1996 meldete die überregionale Tagespresse lapidar: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit stehen im Ausland hoch im Kurs - im Gegensatz zu Einschätzungen im eigenen Land.“ (SZ 1996, 19; ry 1996, 30) Die Meldung, der eine Untersuchung des Lausanner „Institute for Management and Development“ über die Wettbewerbsfähigkeit von 46 Ländern zugrundelag (BRD auf Platz 4), wurde einspaltig gebracht; hätte sie gegenteiligen

Inhalt gehabt, wäre wohl ein „Aufmacher“ fällig gewesen. Am selben Tag äußerte sich ein Mitarbeiter des Kieler „Instituts für Weltwirtschaft“, das für seine erzkonservative Monetarismus-Position zumindest in Fachkreisen bekannt ist, im Westdeutschen Rundfunk (WDR II) auf Fragen nach der Standortqualität der BRD peinlich gewunden. Im Moment sei zwar alles (fast) wunderbar, aber in Zukunft... Wie wußte schon Konrad Adenauer vor vielen Jahren und immer wieder: „Die Lage war noch nie so ernst.“

„Sind Exportweltmeister Wettbewerbsschwächlinge?“ Die rhetorische Frage eignete sich schon als Kommentarüberschrift anlässlich früherer Wirtschaftsflauten in der BRD. Sobald die inländische Konjunktur schwächer wurde, stieg die Exportquote der Bundesrepublik rasch an und fiel nicht mehr auf das vorhergehende Niveau zurück. Der Export von industrieller Arbeitslosigkeit verhalf der bundesdeutschen Wirtschaft kurzfristig wiederkehrend zum Ausweg aus einer Rezession, aber langfristig nahm die Exportabhängigkeit dadurch zu und die Industriestruktur richtete sich noch stärker auf die Weltmärkte aus. Es liegt auf der Hand, daß damit zugleich die Möglichkeiten binnenwirtschaftlicher Beschäftigungspolitik mehr und mehr ausgehöhlt wurden. Wegen der inzwischen recht hohen Exportabhängigkeit erscheint denn auch die Standortdebatte so plausibel, zumal Politiker und Öffentlichkeit lieber an die einfachen Ungenauigkeiten neoklassischer Marktapologie als an die komplizierteren Wahrheiten der Theorie des gemischten Wirtschaftssystems glauben (Wendl 1996, 11 ff.). Gehen wir auf das uns nächstliegende Beispiel, die bundesdeutsche Standortdebatte und ihre wirtschaftspolitischen Fehlschlüsse etwas ausführlicher ein.

1. Gemessen an den bundesdeutschen Exportüberschüssen läßt sich keine internationale Wettbewerbsschwäche konstatieren. Trotz sukzessiver Aufwertung der Deutschen Mark erreichte der bundesdeutsche Export 1995 den bis dahin höchsten Wert (ca. 730 Mrd. DM).
2. Der bundesdeutsche Markt gilt im internationalen Vergleich als relativ wettbewerbsintensiv bzw. „schwierig“, weil hier vergleichsweise härterer Wettbewerb als im Ausland herrscht (zur Veranschaulichung sei auf die Preise in bundesdeutschen Verbrauchergroßmärkten und denen in unseren Nachbarländern hingewiesen). Dies war und ist ein wesentlicher Grund, warum Ausländer nur zurückhaltend in der BRD investieren. Zudem besteht wegen der recht liberalen Importpolitik für viele ausländische Produzenten gar kein Grund, in der BRD zu investieren; der Markt wird eben durch Exporte vom Ausland aus bedient (Wilhelm 1996, 26 ff.).
3. Die hohen deutschen Auslandsinvestitionen (1995: 60% in die EU; 17,5% in die USA; 10% osteuropäische Reformländer; 6% Entwicklungsländer; der Rest entfällt auf sonstige Länder) sind primär absatzpolitisch orientiert; Lohnkosten spielen eine nachrangige Rolle. Kapitalexporte vermindern zudem den Aufwertungsdruck, der auf einer Währung liegt, was der Exportfähigkeit zugute kommt.

Zudem sind Kapitalexporte im Fall BRD - analog zu Japan - ein Indikator von Leistungsfähigkeit, nämlich über „überschüssiges“ Kapital für Auslandsinvestitionen zu verfügen, nachdem der inländische Kapitalbedarf gedeckt ist. Der Prozentanteil der Auslandsinvestitionen an den gesamten inländischen Bruttoanlageinvestitionen betrug 1990/93 für die gesamte Europäische Union 8,0, für Deutschland 5,9, Frankreich 10,9, Großbritannien 11,9, USA 4,4 und Japan 2,5 (Wilhelm 1996, Tab.1). Entsprechend dem Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen entfällt ein erheblicher Teil der Direktinvestitionen auf den tertiären Sektor. Viele Dienstleistungen sind aber nicht grenzüberschreitend handelbar, sondern müssen direkt am Kundenstandort produziert werden. Eine deutsche Hotelkette kann beispielsweise keine Mittelmeerurlauber mit Frankfurter Hotelkapazitäten bedienen, und Vertriebsrichtungen industrieller Hersteller müssen ebenfalls am kundennahen Standort installiert sein. Hohe Auslandsinvestitionen sind also zum Teil eine Folge der Tertiarisierung und der stärkeren Liberalisierung in diesem Sektor.¹ Auch daraus erklärt sich die Konzentration der deutschen Auslandsinvestitionen auf andere Industrieländer (nämlich 90 % des deutschen Unternehmensvermögens im Ausland), die ja keine Niedriglohnländer sind (Wilhelm 1996, 27).

4. Der Lohnstückkostenanstieg in der Bundesrepublik blieb in inländischer Währung gemessen unter dem OECD-Durchschnitt (Tabelle 2). Dabei sind die Lohnstückkosten für ein technisch hoch entwickeltes Land längst nicht der wesentliche Wettbewerbsfaktor, sondern es kommt auf die Attraktivität der Produktpalette und damit auf die Wertschöpfung an. Hohe Wertschöpfung erlaubt auch hohe Löhne. Die erwähnten Exportsteigerungen der Bundesrepublik beweisen, daß keine kostenbedingte Wettbewerbsschwäche besteht.

Tab. 2: Jährliche Lohnstückkostenentwicklung des Unternehmenssektors im Mehrjahresdurchschnitt der OECD (%)

Land	1970 - 78	1979 - 94
USA	6,6	4,5
Japan	10,4	1,2
BRD	5,3	2,4
europ. OECD	10,7	5,5
gesamte OECD	9,0	5,3

Quelle: OECD 1995, S. A16, Tab. 13 (eigene Berechnungen)

¹ „Anleger aus dem Dienstleistungsbereich haben ganz wesentlich zum Wachstum des Unternehmensvermögens im Ausland beigetragen, während das Auslandsengagement des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus ab Mitte der achtziger Jahre ... vorwiegend unterdurchschnittliche Zuwachsraten aufwies.“ (Wilhelm 1996, 29).

5. Trotz - oder zutreffender: wegen - der massiven Einkommensumverteilung zugunsten der höheren und insbesondere der Besitzeinkommen während der vergangenen 15 Jahre blieb die inländische Investitionstätigkeit im Mehrjahresdurchschnitt unzureichend, und Rationalisierungsinvestitionen standen gegenüber Erweiterungsinvestitionen im Vordergrund. Dieser Sachverhalt kann jedoch nicht überraschen, denn Rationalisierungsinvestitionen sind für Unternehmen stets vorteilhaft, insbesondere aber in lang anhaltenden Schwächeperioden, während Erweiterungsinvestitionen nur bei entsprechenden Nachfragesteigerungen vorgenommen werden. An der Nachfrage fehlt es jedoch seit langem: Die inländische Massenkaukraft wurde durch die Umverteilung von unten nach oben geschwächt. Da ähnliche Verteilungsdiskrepanzen auch im Ausland forciert wurden, blieb auch dort die Entwicklung der Massenkaukraft unzulänglich, was bewirkte, daß die Nachfrageentwicklung in der gesamten Ländergruppe der OECD seit längerem weit hinter den Produktionsmöglichkeiten herhinkte. In den USA, der weltgrößten Volkswirtschaft, sind die Einkommen der lohnempfangenden Schichten in den 1980er Jahren zum größten Teil gesunken, und generell ist dort das Realeinkommen breiter Schichten seit Beginn der siebziger Jahre gefallen. Die von europäischen Wirtschaftspolitikern als „Beschäftigungswunder“ wahrgenommene Zunahme der Arbeitsplätze in den USA hat vor allem die Schicht der „*working poor*“ wachsen lassen.² Es liegt auf der Hand, daß auf Dauer minderwertige Arbeitsplätze auch zur Minderwertigkeit der Arbeitskräftequalifikation beitragen, so daß die bedenkliche Entwicklung im US-Bildungssystem vom Beschäftigungssystem her weiterhin negativ beeinflusst wird (Zinn 1992a). Selbst bei dem im internationalen Vergleich als vorbildlich geltenden Ausbildungssystem der Bundesrepublik werden zunehmend „Modernisierungsdefizite“ registriert (so Lutz 1996); es kann daher gar nicht erstaunen, daß die Situation in den USA weit ungünstiger aussieht. Im Zusammenhang mit dem vermeintlichen US-Vorbild wird von Politikern, etlichen Ökonomen und der Wirtschaftspresse auf eine in der Bundesrepublik vermeintlich bestehende Dienstleistungslücke hingewiesen und unterstellt, es ließen sich noch hunderttausende tertiärer Arbeitsplätze schaffen,³ wenn die BRD sich endlich von der „industriefixierten Erwerbsgesellschaft“ (Deckstein 1996, 4) verabschiedete. Wie irreführend diese Behauptung ist, wurde jüngst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

2 Schon in den 1980er Jahren wurde das „US-Beschäftigungswunder“ immer wieder als vermeintlicher Erfolgsbeleg für die amerikanische Deregulierungspolitik angeführt, um sich im Analogieschluß ein Legitimationsargument für Sozialabbau und Privatisierung in der Europäischen Gemeinschaft zu verschaffen. Die bereits damals bekannte Tatsache, daß ein Großteil der neuen US-Arbeitsplätze als Niedriglohnjobs mit geringer Qualifikation und entsprechend niedriger Produktivität entstanden, somit vorwiegend eine Ausweitung der „*working poor*“ bewirkten, wurde geflissentlich verschwiegen. (Mayer/Brown 1989, 29; Christ 1996, 23; Ochel/Schreyer 1988, 9 ff.; Bluestone/Harrison 1986).

3 Das unternehmerorientierte Institut der Deutschen Wirtschaft (Köln) propagiert seit längerem die USA als Wirtschaftsmodell und vertritt die These, daß in der BRD eine Dienstleistungslücke bestünde (Strukturwandel 1996, 4 f.).

nachgewiesen, das den westdeutschen (ostdeutschen) Dienstleistungsanteil auf der Grundlage der Befragungen im Rahmen des sozioökonomischen Panels (SOEP) ermittelte (Haisken-DeNew u.a. 1996, 223, Tab.1; brö 1996, 4). Der Vergleich BRD/USA nach den tatsächlichen Tätigkeitsmerkmalen zeigt, daß von einer bundesdeutschen „Dienstleistungslücke“ nicht die Rede sein kann, sondern daß es sich schlicht um Erfassungsmängel der amtlichen Statistik handelt, die nicht die faktischen (Dienstleistungs)Tätigkeiten, sondern die sektorale Zuordnung ausweist. Wie gravierend diese statistische Verzerrung ausfällt, ergibt sich aus nachstehender Tabelle 3.

Tab. 3: Prozentuale Beschäftigtenanteile BRD und USA

	Landwirtschaft u. Forsten		Industrie		Dienstleistungen	
	Sekt.	DIW	Sekt.	DIW	Sekt.	DIW
USA	4	3	24	26	72	72
BRD (West)	2	2	39	25	59	73
BRD (Ost)	3	2	36	30	60	67

Sekt. = Erfassung nach Sektoreneinteilung (amtliche Statistik)
 DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
 (Erfassung der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit nach SOEP)
 Quelle: Haisken-DeNew u.a. 1996, S. 223, Tab. 1

Das Faktum der stagnierenden bis sinkenden realen Masseneinkommen in den USA ist hierzulande weitgehend unbekannt (warum wohl?), so daß einige einschlägige Daten an dieser Stelle mitgeteilt seien (Tabelle 4). Ohne die riesigen US-Haushaltsdefizite der vergangenen fünfzehn Jahre hätte die weltweite Nachfrageschwäche das Wachstum noch kränklicher aussehen lassen. Denn die US-Staatsverschuldung trug über ihre Nachfrageeffekte zu den hohen Leistungsbilanzdefiziten der USA bei. Die US-Defizite korrespondieren mit Exportüberschüssen anderer Länder. Die USA wechselten infolge der Leistungsbilanzdefizite ihre Position vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Weltwirtschaft. Der massive Wohlstandsverlust der Mehrheit der Amerikaner brachte offenkundig keine Wende im langfristigen Abstieg der USA; vielmehr ist der Niedergang des amerikanischen Lebensstandards Symptom sozialökonomischer Dekadenz (Hayes 1996, 36 ff.; Winter 1996, 11; Pfäffle 1996). Pathologisches wird normal, und Interpretationen sind ohnehin eine Sache des Standpunkts (und des sozialen Standorts). Bundesdeutsche Manchesterliberale etwa erklären die US-Krankheit kurzerhand zur Gesundheit: mehr Bil-

liglohnjobs für die „*working poor*“ und Einkommenswachstum für die Reichen als Kurverordnung.

Tab. 4: Entwicklung der realen Stundenlöhne in den USA (%)

Qualifikationsniveau	1979 - 1993
Männer:	
- ohne Schulabschluß	- 26
- High School-Abschluß	- 17
- College ohne Abschluß	- 11
- mit College-Abschluß	- 11
Frauen:	
- ohne Schulabschluß	- 12
- High School-Abschluß	- 2
- College ohne Abschluß	+ 7
- mit College-Abschluß	+ 14

Quelle: Teixeira 1996, S. 28

Nicht zuletzt aufgrund ihrer relativ guten internationalen Wettbewerbsfähigkeit und ihres ebenfalls vergleichsweise besseren Systems der sozialen Sicherung, das im Sinn eines „eingebauten Stabilisators“ den von der Arbeitslosigkeit bedingten Verfall der Masseneinkommen bzw. -nachfrage bremste, blieb die Arbeitslosenquote der BRD bis Anfang der neunziger Jahre deutlich unter dem EU- und dem OECD-Durchschnitt (Tabelle 5). Dies änderte sich erst, nachdem der Nachfrageboom, den die deutsch-deutsche Währungsunion 1990 ausgelöst hatte, auslief und der bereits 1990 begonnene weltweite Konjunkturabschwung mit zweijähriger Verzögerung auch die Bundesrepublik traf.

Tab. 5: Internationaler Vergleich der Arbeitslosenquoten (von der OECD standardisiert)

Land	1979-85	1986-90	1991	1992	1993	1994
USA	7,6	5,8	6,6	7,3	6,7	6,0
Japan	2,3	2,5	2,1	2,2	2,5	2,9
BRD	5,4	5,8	4,2	4,6	7,9	8,4
GB	9,6	8,8	8,8	10,1	10,4	9,5
F	7,9	9,8	9,4	10,4	11,6	12,3
EU	8,4	9,4	8,5	9,4	10,9	11,4
OECD	7,1	6,8	6,7	7,4	7,9	7,9

Quelle: OECD 1995, S. A25

Der Vergleich der Arbeitslosenquoten der gesamten OECD und der Europäischen Union zeigt, daß die Europäer relativ schlecht abschneiden. Es fragt sich, ob das gesamte europäische Projekt nicht zu Lasten der Lohnempfänger und der Arbeitslosen verläuft. Symptomatisch ist, daß der Maastrichter Vertrag bei der Beschäftigungspolitik faktisch eine Leerstelle aufweist und der Versuch des früheren Kommissionspräsidenten, Jacques Delors, die EU zu einem keynesianischen Expansionsprogramm (Kommission 1993) zu bewegen, gescheitert ist - nicht zuletzt am bundesdeutschen Widerstand. Beschäftigung bedeutet Nachfrage nach Arbeit, und Nachfrage nach Arbeit ist abgeleitete Nachfrage, nämlich von der Güternachfrage. Schon den Kritikern des Sayschen Theorems war im vergangenen Jahrhundert klar, daß der kapitalistische Marktmechanismus sich keineswegs seine Nachfrage selbst schafft, sondern es wirtschaftspolitischer Maßnahmen bedarf, um die Produktionspotentiale auf Vollbeschäftigungsniveau auszulasten. In unserem Jahrhundert, insbesondere nach Keynes, sollte darüber gar nicht mehr gestritten werden müssen. Doch bekanntlich wird das Keynesische Projekt des Vollbeschäftigungskapitalismus inzwischen sogar von der Sozialdemokratie diffamiert. Wie wirksam das alte nachfragepolitische Rezept auch heute - trotz „Globalisierung“ - noch wirkt, bewies gerade die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion: Die Deutsche Bundesbank produzierte frisches Geld, das unter die neuen Bundesbürger verteilt wurde (= Umtausch der Sparguthaben und anderer Geldbestände), womit eine Konsumwelle finanziert wurde, die im Westen zu Wachstum, Beschäftigungsanstieg und Gewinnsteigerungen führte.

Nachfragepolitik wäre auch gegenwärtig in der Lage, Wachstum und Beschäftigung zu erhöhen; nur müßte geklotzt werden. Mit Kanonen schießt man nicht auf Spatzen, aber mit Kirschkernen erlegt man auch keinen Elefanten. Wer ein wenig ökonomische Phantasie besitzt, mag sich einmal vorstellen, wie die Volkswirtschaften reagierten, würde wieder ein Nachfrageboom à la Koreakrieg oder gar Zweiter

Weltkrieg erzwungen. Der damit unvermeidlich verbundene Inflationsschub ließe sich zwar nur mit Preiskontrollen beherrschen, wie sie die USA während der beiden erwähnten Kriege praktizierten (Galbraith 1969; Zinn 1978, 50 ff.), aber das sollte Vollbeschäftigung wert sein. Ein Nachfragesog solcher Größenordnung wäre allerdings nur dann zu verantworten, wenn er überwiegend oder besser ausschließlich der Umweltsanierung zugute käme: Sozusagen ein ökologisches Wiederaufbauprogramm, nachdem seit der Industriellen Revolution gegen die Umwelt Krieg geführt wurde. Im ökonomisch-technischen Sinn stellte solch ein „Ökologischer Keynesianismus“ keine Utopie dar. Politisch erscheint es hingegen völlig unmöglich. Deshalb steigt die Wahrscheinlichkeit, daß unser Zivilisationstyp in der ökologischen und das heißt humanen Katastrophe enden wird.

5 Innovationsmetaphysik

Mitte der 1970er Jahre endete die wirtschaftsgeschichtlich beispiellose Phase des höchsten Wachstums, das die entwickelten Industrieländer jemals erreicht hatten. Die Nachkriegsprosperität basierte vor allem auf der raschen Regeneration der Produktionskapazitäten im kriegszerstörten Westeuropa, der relativ kontinuierlichen Nachfragesteigerung, die den Investoren Zukunftssicherheit gab, und der zivilen Nutzung technischer Neuerungen, die während des Krieges und der vorhergehenden Depressionszeit der 1930er Jahre entwickelt worden waren. Zusätzlichen Schub brachte der Koreakrieg (1950-1955) in die Weltwirtschaft. Wachstum und Beschäftigungszunahme erlaubten dann auch, den Außenhandelsprotektionismus abzubauen. Es kann darüber gestritten werden, ob die technischen Entwicklungen der Gegenwart jenen der Nachkriegszeit ebenbürtig sind, aber es besteht kein Zweifel, daß damals eine weit *günstigere Mischung* aus nachfragestimulierenden *Produktinnovationen* und kostensenkenden *Prozeßinnovationen* das Wachstum schürte. Heute fehlt es hingegen an durchschlagenden Produktinnovationen oder präziser gesagt: Es gibt kaum neue Konsumgüter, die von den Menschen wirklich gebraucht werden, und manche tragen zu einer neuen Art von Umweltverschmutzung bei (etwa der Akustikmüll von Mobiltelefonen in öffentlichen Verkehrsmitteln). Das sah in den ausgebombten Haushalten der Nachkriegszeit eben ganz anders aus.

Seit den 1970er Jahren fiel das Wirtschaftswachstum auf den säkularen Trend zurück, was von vielen Kommentatoren als Normalisierung interpretiert wird. „Normalisiert“ hat sich auch der Anstieg der „Reservearmee“, deren klassisches Adjektiv obsolet geworden ist. Der Wechsel von der Prosperitätsphase zur dauerhaften Wachstumsabschwächung kam zwar für Politik, Öffentlichkeit und neoklassisch beschränkte Beratungsökonomie überraschend, aber er war vorhersehbar und auch

schon in den 1940er Jahren prognostiziert worden (vor allem J. M. Keynes und Jean Fourastié sind hier zu nennen; Zinn 1994, 57 ff.). Die von der Realität als zutreffend bestätigten Langfristprognosen basierten auf theoretischen Analysen der kapitalistischen Entwicklung: Das Zusammenwirken von technischem Fortschritt in der Form produktivitätssteigernder Prozeßinnovationen und abnehmender Nachfragedynamik infolge allmählicher Sättigung auf mehr und mehr Märkten würde schließlich zur Wachstumsstagnation führen. Ohne weitreichende Umverteilungen von Arbeit und Einkommen müßte daraus eine schwere sozialökonomische Dauerkrise folgen. Die ist nun eingetreten. Der technische Fortschritt schuf die Voraussetzungen allgemeinen Wohlstands, aber die politische Ökonomie verspielt die historische Chance. Der Glaube, daß noch mehr „Innovationen“ die Probleme künftig lösen würden, ist Aberglaube - schiere Innovationsmetaphysik. Denn erstens verstärkt die Masse der Innovationen den Rationalisierungsprozeß, und zweitens sind die neuen Produkte (Sachgüter und Dienstleistungen) von ihrem Gebrauchswert her nicht attraktiv genug, um jene Nachfrage zu stimulieren, die notwendig wäre, um über konventionelles Wachstum eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu erreichen. Der Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, mit Innovationen ließen sich unsere Beschäftigungsprobleme beheben und die „Informationsgesellschaft“ brächte *per Saldo* Millionen neuer Arbeitsplätze. Vielmehr zeigt sich, daß die neuen Informationstechniken - viele davon nützlich und lebenserleichternd, manche wohl auch der privaten und der öffentlichen Vernunft äußerst abträglich - vor allem Rationalisierungen bewirken werden, somit eher Arbeitsplätze kosten; in keinem Fall aber einen Beschäftigungsboom auslösen (Seufert 1996, 165 ff.; SZ 1995, 20). Die von Präsident Reagans Amerika und Frau Thatchers Großbritannien ausgehende, seit etwa 15 Jahren in den meisten Industrieländern vorangetriebene Deregulierungs- und Umverteilungspolitik, die die angeblich vom Interventionismus gelähmten Marktkräfte beleben und damit die beschworene Innovationsoffensive einleiten sollte, hat versagt: Die Arbeitslosigkeit der OECD ist weit höher als vor Beginn des wirtschaftspolitischen Experiments der Neokonservativen, die Staatsverschuldung explodierte und selbst die Innovationstätigkeit blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Einen wirklichen Boom gab es nur an den Börsen. Am meisten verdiente die Spekulation. Der Weg von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft mündete vorerst beim Kasino-Kapitalismus. Die rigorose Liberalisierungspolitik des vergangenen Jahrzehnts hatte aber ein paradoxes Resultat, das bisher kaum gesehen oder vielleicht auch geflissentlich übersehen wird: Infolge der gestiegenen Marktrisiken verstärkte sich die Tendenz, die Kapitalbindungsdauer der Investitionen zu verkürzen und den schnellen Profit zu bevorzugen (Hayes 1996, 41). Damit werden oft aber gerade jene Investitionen (u.a. in Forschung und Entwicklung) diskriminiert, die für Basisinnovationen - im Unterschied zum Modewechsel und den vielen Bagatellinnovationen - unabdingbar sind. Beispielsweise wird im Energiesektor mehr und mehr auf kurze Kapitalrücklaufzeiten hin investiert, was die Entwicklung neuer

Energien bzw. neuer Energiesysteme, die wie alles fundamental Innovative mit größeren wirtschaftlichen Risiken einhergehen, behindert, wenn nicht überhaupt lahmlegt. Die marktradikale Politik hat somit tendenziell genau das Gegenteil von dem bewirkt, das sie als ihr Ziel propagiert.

Schlagworte verdanken ihre Popularität den Assoziationen, die sie beim Publikum auslösen. Noch vor wenigen Jahrzehnten assoziierten die Menschen mit dem Begriff technischer Fortschritt spontan optimistische Vorstellungen: Wohlstandssteigerung, mehr Freizeit, Entlastung von Arbeitsmühen usw. An Stelle des etwas verschlissenen Ausdrucks „technischer Fortschritt“ bevorzugten die politischen Schönwetterpropheten nun das Fremdwort „Innovation“. Dieser nur formal scheinende Wechsel der Sprachregelung signalisiert auch einen veränderten Inhalt: Innovationen werden nicht etwa des *besseren* Lebens halber, das sie vielleicht bringen könnten, propagiert, wie das beim guten alten technischen Fortschritt noch selbstverständlich erschien, sondern dem bundesministerlichen „Wir brauchen Innovationen“ sind Verweise auf unspezifizierte „Herausforderungen“, auf den internationalen Wettbewerb, auf den (immer) drohenden Abstieg, auf die fürchterlichen Angriffe der global angreifenden Konkurrenten, die Gefahren für die „Zukunftsfähigkeit unseres Landes“ und dergleichen Schrecklichkeiten beigegeben. Die rhetorische Tendenz ist alt und leider auch bewährt: Angst machen; die Menschen einschüchtern; ihnen Schuldgefühle andienen; sie zur schicksalsgläubigen Masse kneten; sie zu disziplinierter Bereitwilligkeit peitschen. Die Wirtschaftskrise verändert nicht nur die sozialökonomischen Strukturen, läßt nicht nur die Armen ärmer und die Reichen reicher werden, sondern verschiebt schrittweise auch die Machtrelationen in der Gesellschaft. Dem unverstellten Blick bleibt nicht verborgen, daß das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital seit Ende der 1970er Jahre in allen entwickelten Industrieländern wieder dem aus dem 19. Jahrhundert bekannten Bild ähnlicher wurde. Die Innovationen tragen heute mehr zur Unterwerfung der abhängig Beschäftigten und zur sozialen Deprivation vieler Menschen bei, als daß ihnen mehr Freiheit, gesellschaftliche Mitwirkung und Glücksmöglichkeiten zuwüchsen; von den materiellen Wohlstandsverlusten ganz zu schweigen. Mit der Krise wurde der in den entwickelten Industriegesellschaften zeitweilig - nach dem Zweiten Weltkrieg - vorherrschende (zumindest als derart wahrgenommene) Trend sozialer Nivellierung beendet und von der gegenläufigen Entwicklung deutlich wachsender sozialökonomischer Ungleichheit abgelöst. Begreift man die Wirtschaftskrise als endogenen Prozeß des sozialökonomischen Systems, so sind die Krisenfolgen, hier also die erneute Zunahme sozialer Ungleichheit, im wesentlichen auf die politökonomischen Strukturen zurückzuführen (Herkommer 1996). Der gegenwärtige Kapitalismus ist somit auch keine Widerlegung der Marxschen Theorie und ihrer prognostischen Potentiale (Zinn 1992b). Im Unterschied zu der früheren, ökonomisch „einfachen“ Klassenstruktur determiniert heute jedoch eine Vielzahl von Faktoren die soziale Divergenz (Geschlecht, Ethnie, Lebensalter, Region usw.). Die

sozialökonomische Landschaft wurde unübersichtlicher bzw. für die subjektive Wahrnehmung verwirrender (Herkommer 1996, 12 f.), und diese Undurchschaubarkeit spiegelt sich auch in den Bewußtseinsformen und den habituellen Formen der Systemreproduktion wider wie Herkommer mit Rückgriff auf Bourdieu hervorhebt (15): An die Stelle traditioneller, politisch deutlich orientierter Selbstzuordnung zur Klasse trat der „neue Individualismus“ mit einem relativ diffusen und instabilen politischen Bewußtsein und den Präferenzen fürs Private. Diese Konstellation gibt nicht nur soziologischen Strukturanalysen Plausibilität, die auf der affirmativen Modernisierungstheorie aufsetzen (Leviathan 1996), sondern erklärt u. E. zumindest teilweise auch die wirtschafts- bzw. beschäftigungspolitische (letztlich: theoretische) Orientierungslosigkeit jener politischen Kräfte, die herkömmlich die Arbeiter- und Sozialbewegung repräsentierten.

6 Exkurs

Wir alle meinen zu wissen, daß sich die Erde um die Sonne bewegt und daß es Milliarden Sonnen gibt. Die meisten von uns haben das aber weder selbst herausgefunden, noch können sie die Richtigkeit ihres diesbezüglichen Wissens selbständig beweisen. Wir glauben einfach, daß das, was wir wissen, richtig ist. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei betont, daß spätestens mit der Kantschen Erkenntnistheorie eine klare Definition vorliegt, welchen Ansprüchen erfahrungswissenschaftliche Erkenntnis genügen muß, nämlich von allen Vernunftwesen selbständig nachvollzogen und als wahr erkannt werden zu können. Aber wer kann denn schon nachprüfen, ob das „wahr“ ist, was uns selbst von Wissenschaftlern als Wahrheit vorgestellt wird.⁴ In der Moderne wuchs Umfang und Schwierigkeit des lebensnotwendigen Wissens des Menschen rascher als in allen vorhergehenden Epochen, aber „immer geringere Ausschnitte (der Wirklichkeit) fallen in die eigene Erfahrung.“ (Tenbruck 1963, 37) Deshalb wurde in der Moderne nicht nur das Verhältnis von Wissen aus eigener Erfahrung und bloß geglaubtem Wissen zugunsten letzterens weit verschoben⁵, sondern die zunehmende Verhaltensunsicherheit, subjektives Komplement der Verunsicherung durch die zersplitterte soziale Umwelt, prädisponiert den derart Vereinzelten, Zuflucht in Ideologien und Neurosen zu suchen.

Daß die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Vorgänge zu den komplexesten Bestandteilen unserer Kultur gehören, ist unbestritten. Daher kommt dem geglaub-

4 Vgl. zur Problematisierung des alltagserfahrungsfernen, szientifistischen Wissenskonzeptes im Hinblick auf seine Folgen für den Umgang des Menschen mit seiner natürlichen Umwelt (Faber/Manstetten/Proops 1994).

5 „... the everyday life conditions are not only insufficient for most people to participate in the content of truth and experience in modern science, but the gulf between everyday experience and the experience of a scientist, in the Kantian sense, is unbridgeable.“ (Faber/Manstetten/Proops 1994, 5).

ten Wissen im Denken über das Wirtschaftssystem, über die Wirtschaftspolitik, über richtige und falsche Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit eine ausschlaggebende Rolle zu; und Wählerentscheidungen haben auch deshalb meist eine Glaubensbasis.

Wenn das Subjekt die Richtigkeit einer Realitäts- bzw. Weltdeutung nicht bzw. nur mit untragbaren Kosten überprüfen kann, so ist es gezwungen, die Zuverlässigkeit des geglaubten Wissens auf andere Weise zu ermitteln. Wie sich gleich erkennen läßt, spielen dabei emotionale Einflüsse eine weit stärkere Rolle als kognitive, so daß komfortable Ideologien leichteren Zugang zu den Köpfen haben als sperrige Wahrheiten. Zu den wichtigsten Einflußfaktoren der Wissens- bzw. Glaubensbefestigung gehört die soziale Bestärkung (neben der Kompatibilität des Wissens mit den eigenen Bedürfnissen und Interessen, seiner Übereinstimmung mit Vorwissen und bisherigen Erfahrungen wie seiner Einfachheit bzw. Verständlichkeit).

Der Mensch als soziales Wesen orientiert sich in seinem Verhalten, Glauben und Denken in starkem Maße an den anderen Menschen. Die „Verschränkung“ (Tenbruck) von Subjekt und sozialer Umwelt ist kein kulturspezifisches Phänomen, sondern eine (anthropologische) Universalie im Sinn I. Eibl-Eibesfeldts.

„... nicht nur zum arbeitsteiligen Wirtschaften und Handeln (gehören) mindestens zwei, sondern auch zum Glauben und Denken, Fühlen und Wollen. Wirklich ist für den Menschen erst einmal nur das, was in der Verbindung mit anderen verlässlich austauschbar ist und als wirklich gilt - und was er selbst ist, das erfährt der Mensch in der Beziehung zu anderen. Eben deshalb fließen aus Veränderungen der sozialen Bezüge auch neue Formen und Inhalte des Glaubens, Fühlens, Wollens, Denkens - und es verändern sich die Landschaft der Seele, das Reich des Geistes und der Aufbau der Person, wenn jene Bezüge sich grundlegend wandeln.“ (Tenbruck 1963, 34)

Soziale Bestärkung meint, daß das Subjekt erfährt, daß bestimmte Deutungsmuster von den anderen Menschen, insbesondere von Bezugspersonen und (Meinungs) Führern, von den Medien und sonstigen auf die Meinungsbildung einwirkenden Institutionen propagiert werden. Wenn alle sagen, diese Blume ist rot, obgleich ich sie als blau wahrnehme, dann zweifele ich wohl eher an meiner Sehkraft und nicht an der der anderen. Der nackte Kaiser gibt's viele, aber nur im Märchen öffnet ein Knabe den Leuten die Augen.

Als 1967 die erste größere Rezession mit ihrem von heute aus gesehen geringfügigen Anstieg der Arbeitslosigkeit die bundesdeutsche Öffentlichkeit und die Politik fast in Panikstimmung versetzte und wirksame beschäftigungspolitische Interventionen provozierte, wirkte noch der Sozialstaatskonsens der Nachkriegszeit, daß Arbeitslosigkeit - neben der Hyperinflation - das schlimmste sozialökonomische Übel ist. Dieser Solidaritätskonsens verdankte sich nicht zuletzt der sozialen Bestärkung der ihm zugrundeliegenden Gesellschaftsmoral. Diese Sozialmoral wurde während der vergangenen 10 bis 15 Jahre durch die systematische Ideologierarbeit des Neokonservatismus zerrieben. Damit wurde auch der Nachkriegskonsens

hinfällig. Selbstverständlich konnte der Bewußtseinswandel nur vor dem Hintergrund der durch die Krise materiell veränderten Verhältnisse vorangetrieben werden. Aber die Krise der materiellen „Basis“ bietet eben die erfolgsträchtige Gelegenheit, auch den „Überbau“ erneut auf die faktischen Machtstrukturen des kapitalistischen Systems auszurichten.

Auch Wissenschaft ist in ihrer Praxis weder ideologisch neutral noch wertfrei, wobei zwischen den verschiedenen Disziplinen graduelle Unterschiede bestehen mögen. Die Wirtschaftswissenschaft gehört zu jenen Fächern, deren ideologische Funktion in mancher Hinsicht der der Theologie in den vergangenen Jahrhunderten vergleichbar ist. Während naturwissenschaftliche Erkenntnisse die Welt verändern, scheinen die Theorien der Politischen Ökonomie vor allem ideologische Interessenkämpfe zu stimulieren. Die Verbreitungschance, die einer ökonomischen Lehrmeinung zukommt, hängt wesentlich davon ab, ob sie den Interessen der wirtschaftlichen Machteliten konveniert. Außenseiterpositionen - das lehrt die Geschichte - setzen sich nicht deshalb durch, weil sofort ihre Richtigkeit erkannt würde, sondern weil sich irgendeine Orthodoxie bis auf die Knochen blamiert hat, und selbst das muß erst einmal klar erkannt werden. Der Keynes'sche Vollbeschäftigungsinterventionismus verdankt seinen zeitweiligen Einfluß primär nicht der Überzeugungskraft der theoretischen Argumente, sondern der Beschäftigungskatastrophe der dreißiger Jahre und - vielleicht noch mehr - dem praktischen Beweis, den die Kriegswirtschaften dafür lieferten, daß staatliche Nachfragepolitik, wenn hinreichend dosiert, in kürzester Zeit auch Massenarbeitslosigkeit beseitigen kann. Der Glaube an das sichere Energieheil der Kernkraft zerbröckelte erst, als Reaktorunfälle nicht mehr vertuscht werden konnten. Es waren also meist Katastrophen, die zu sozialökonomischen Reformen führten. Dieses historische Muster scheint sich nun zu wiederholen.

Literatur

- Bluestone, Barry, Bennett Harrison (1986): *The Great American Job Machine: The Proliferation of Low Wage Employment in the U.Economy. A Study Prepared for the Joint Economic Committee*, 9. Dez. 1986 (Washington D.C.)
- brö (1996): DIW: Keine Dienstleistungslücke in Deutschland; in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 87 vom 15. April 1996, 23
- Christ, Peter (1996): Joe guckt in die Röhre. Dem Durchschnittsamerikaner geht es heute nicht besser als vor fünfzehn Jahren; in: *Die Zeit* Nr. 4 vom 20. Januar 1996, 23
- Deckstein, Dagmar (1996): Die verlogene Lohndebatte; in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 83 vom 10. April 1996, 4
- Faber, M., R. Manstetten, J.L.R. Proops (1994): *Knowledge, Will and the Environment. Diskussionsschriften der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg*, Nr. 205, Februar 1994

- Fischer, Peter (1996): Unheimliche Begegnung mit Karl Marx; in: Süddeutsche Zeitung Nr. 86 vom 13./14. April 1996, VI/1
- Flemming, Jens, u.a. (Hg.) (1979): Die Republik von Weimar, Bd. 2: Das sozialökonomische System. Düsseldorf
- Galbraith, John Kenneth (1969): A Theory of Price Controls (1952). Cambridge/Mass.
- Haisken-DeNew, John, u.a. (1996): Keine Dienstleistungslücke in Deutschland. Ein Vergleich mit den USA anhand von Haushaltsbefragungen; in: DIW-Wochenbericht 63 (1996) 14, 221-226
- Hayes, Robert H. (1996): U.S. Competitiveness: „Resurgence“ versus Reality; in: Challenge, März/April 1996, 36-44
- Herkommer, Sebastian (1996): Veränderung in der Klassenstruktur Europas. Empirische Daten, theoretische Diskussion. Hamburg (= Supplement zu: Sozialismus 188)
- Kommission (1993): - der Europäischen Gemeinschaften: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch, Bulletin der EG, Beilage 6/93, Luxemburg
- Leviathan (1996): Themenheft zur Modernisierungstheorie. Leviathan 24 (1996) 1
- Lutz, Burkart (1996): Gesucht: Ein neuer Typ industrieller Arbeitskraft; in: Süddeutsche Zeitung Nr. 92 vom 20./21. April 1996, 57
- Mayer, Jean, J. Larry Brown (1989): More Prosperity, More Hunger; in: The New York Times, 25. Feb. 1989, 29
- Ochel, W., P. Schreyer (1988) Das amerikanische „Beschäftigungswunder“ - ein Vorbild für die Bundesrepublik?; in: Ifo-Schnelldienst 41 (1988) 30, 9-22
- OECD (1989): Economic Outlook. Historical Statistics. 1960-1987. Paris
- OECD (1995): Wirtschaftsausblick Nr. 58 (Dezember). Paris
- Pfäffle, Walter (1996): Amerikas trügerische Jobmaschine; in: Süddeutsche Zeitung Nr. 88 vom 16. April 1996, 22
- Piper, Nikolaus (1996): Der Mann für die Krise. Seine Gegner haben den Revolutionär aus Cambridge unfreiwillig bestätigt; in: Die Zeit Nr. 14 vom 29. März 1996, 19
- Reichwald, Ralf, Kathrin Möslein (1995): Wertschöpfung und Produktivität von Dienstleistungen? Innovationsstrategien für die Standortsicherung; in: Hans-Jörg Bullinger (Hg.): Dienstleistung der Zukunft: Märkte, Unternehmen und Infrastrukturen im Wandel. Ergebnisse der Tagung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 28./29. Juni 1995 in Berlin, Wiesbaden, 324-376
- Reuter, Norbert (1996): Marktliberalismus führt in die Irre; in: Frankfurter Rundschau Nr. 38 vom 4. Februar 1996, 17
- ry (1996): Deutsche malen gerne schwarz; in: Handelsblatt Nr. 58 vom 21. März 1996, 30
- Seufert, Wolfgang (1996): Multimedia: Beschäftigungszunahme im Medien- und Kommunikationssektor vielfach überschätzt; in: DIW-Wochenbericht 63 (1996) 10, 165-172
- Strukturwandel (1996): Die richtige Strategie zum Erfolg; in: iwd (Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft), 22 (1996) 14, 4 f.
- SZ (1995): US-Studie warnt vor Multimedia-Überfütterung; in: Süddeutsche Zeitung Nr. 221 vom 25. September 1995, 20
- SZ (1996): Standort Deutschland im Ausland hoch im Kurs; in: Süddeutsche Zeitung Nr. 65 vom 18. März 1996, 19

- Teixeira, Ruy A. (1996): The Economics of the 1994 Election and U.S. Politics Today; in: Challenge, Januar/Februar 1996, 28
- Tenbruck, Friedrich H. (1963): Über Kultur im Zeitalter der Sozialwissenschaften; in: Saeculum (1963) 14
- Wendl, Michael (1996): Faszination der Neoklassik. Der SPD-Streit um Staatsverschuldung und Beschäftigung; in: Sozialismus Nr. 188 (23 (1996) März), 11-14
- Wilhelm, Markus (1996): Neben dem Außenhandel haben die Direktinvestitionen als Internationalisierungsstrategie an Bedeutung gewonnen; in: Ifo-Schnelldienst 49 (1996) 7-8, 26-38
- Winter, Martin (1996): US-Wirtschaft - Den Aufschwung kennen die meisten Bürger nur aus der Zeitung; in: Frankfurter Rundschau Nr. 65 vom 16. März 1996, 11
- Zinn, Karl Georg (1978): Preissystem und Staatsinterventionismus. Geschichte und Theorie der privaten Preisadministration und der Preiskontrolle in Großbritannien und den USA. Köln
- Zinn, Karl Georg (1992a): Arbeitskräftequalifikation und industrielle Leistungsfähigkeit. Anmerkungen zum Kontext von „Humankapital“ und Militarisierung in den USA; in: Hansjürgen Daheim, Helmut Heid, Karl Krahn (Hg.): Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt/M./New York, 224-236
- Zinn, Karl Georg (1992b): Das Kapital und die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts; in: Werner Goldschmidt (Hg.): Zur Kritik der politischen Ökonomie - 125 Jahre „Das Kapital“. Hamburg, (= Dialektik 1992/3), 21-34
- Zinn, Karl Georg (1994): Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften. Mannheim u.a.
- Zinn, Karl Georg (1995a): Auf dem Weg in die tertiäre Krise? Der ungesicherte Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft; in: Politik und Gesellschaft. 659-669
- Zinn, Karl Georg (1995b): Wie umweltverträglich sind unsere Bedürfnisse?; in: Sigurd Martin Daecke (Hg.): Ökonomie contra Ökologie. Wirtschaftsethische Beiträge zu Umweltfragen. Stuttgart/Weimar, 31-62

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Karl Georg Zinn
Institut für Wirtschaftswissenschaften
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre (Außenwirtschaft)
RWTH Aachen
Templergraben 55
52056 Aachen